

Al-Kaida: Nur eine Scheinsicherheit

VON SANDRO BROTZ



Die Nachricht: Für unser Land besteht nach Einschätzung des Schweizer Nachrichtendienstes keine generelle Terror-Gefahr. Diese Analyse wird von Terrorismus-Experten angezweifelt: Die Schweiz sei in Europa auch nach dem Tod Osama Bin Ladens keine Ausnahme mehr.

Der Kommentar: Angst ist ein schlechter Ratgeber, lautet die Redewendung. Nur: Keine Angst zu haben, weil die Schweiz keine Truppen in Afghanistan hat, ist genauso schlecht. Dieses Signal sendet Geheimdienstchef Markus Seiler

aber aus, wenn er nur Stunden nach Osama Bin Ladens Tötung so tut, als sei «Business as usual» angesagt. Es gebe keine Hinweise, dass die Schweiz von allfälligen Terrorakten direkt betroffen sein könnte. Und der Politologe dozierte: «Allfällige Überreaktionen darauf könnten das längerfristige Schadenausmass stärker bestimmen als der Anschlag selber.»

Die Botschaft war klar: Nur keine Panik, wir sind besonnen und haben alles im Griff. Und überhaupt: Die Schweiz ist ja neutral. Darauf wird ein Terrorist auf dem vermeintlichen Weg ins Paradies im Zweifelsfall wohl keine Rücksicht nehmen. Ständig zu wiederholen, unser Land sei weniger gefährdet als andere, hat System – es ist als Beruhigungsspiel fürs Volk gedacht. Doch das führt zu einer Scheinsicherheit, die mindestens so gefährlich wie eine Überreaktion ist.

Dabei gäbe es Weg dazwischen. Seilers Chef und VBS-Vorsteher Ueli Maurer macht es vor, wenn er in unserem Interview offen sagt: «Die Schweiz ist keine Insel der Glückseligen.» Oder Seilers Amtskollege Ernst Uhlrau beim deutschen Bundesnachrichtendienst. Er rechnet mit organisierten Anschlägen oder fanatischen Einzeltätern: «Wir werden noch eine lange Zeit mit Terrorismus zu kämpfen haben – auch in Deutschland.»

Ohne gleich den Terror-Teufel an die Wand zu malen und nach präventiven Überwachungsmethoden aller Art zu rufen, kann der Bevölkerung sehr wohl die Wahrheit zugemutet werden: Die Zeiten, in denen sich die Schweiz auf ihr weisses Kreuz auf rotem Grund verlassen konnte, sind vorbei. Das verdeutlichte schon ein anderer Terrorist – Muammar al-Gaddafi, als er in Libyen zwei Schweizer faktisch als Geiseln nahm.

Bin Laden ist tot, aber die Gefahr bleibt – auch für die Schweiz. Wer nur abwiegelt, dem hört man irgendwann nicht mehr zu.

sandro.brotz@sonntagonline.ch

Antifeministen schaden Männern

VON SARAH WEBER



Die Nachricht: Die Organisation «IG Antifeminismus» will in mehreren Kantonen mit eigenen Listen und Kandidaten bei den kommenden Nationalratswahlen antreten. Zudem plant sie vier Volksinitiativen.

Der Kommentar: Die selbst ernannten Kämpfer gegen den Feminismus disqualifizieren sich bereits durch ihre Tonalität. Schulen sind für sie «Weiber-Ghettos», Frauenhäuser «Trainingslager zur Ruinierung der Männer». Die Antifeministen gelten als fundamentalistische Gruppe, die als

Teil der Männerbewegung in der Schweiz nicht wirklich ernst genommen werden kann. Doch ihr Erfolg verlangt es, dass man sich mit ihr auseinandersetzt. Denn sie trifft offenbar einen Nerv.

Die neusten Mitgliederzahlen lassen aufhorchen: Seit der Gründung der Interessengemeinschaft Antifeminismus vor rund einem Jahr hat der Verein fast 4000 Mitglieder gewonnen. Das sind mehr Mitglieder, als die Grünliberale Partei der Schweiz zählt, der eine vielversprechende Zukunft prophezeit wird. Offenbar stossen die Antifeministen mit ihren Aktivitäten auf mehr Zustimmung als bisher angenommen.

Die Antifeministen wirken mit ihren Aktionen als Ventil für den Frust vieler Männer. Männer, die sich durch die heutige Gleichstellungspolitik benachteiligt fühlen. Männer, die sich durch die Gesetze ungerecht behandelt fühlen – sei das nun bei Scheidungen, beim Sorgerecht oder bei Unterhaltszahlungen für Kinder. Oder auch Männer, die sich ganz einfach noch immer schwertun damit, dass heute Frauen Positionen besetzen, die früher ihnen vorbehalten waren. Solche Männer fühlen sich bestätigt von einer Organisation, die lauthals nach einem anderen Frauenbild ruft und die in der Gleichstellung eine Bedrohung sieht.

Die Antifeministen haben mit ihren Provokationen bisher viel Aufmerksamkeit erregt. Sie haben zwar damit einer berechtigten Debatte über mehr Rechte für Männer in der Familienpolitik Aufwind gegeben. Aber mit ihren Forderungen, die Missstände auf ein einziges Feindbild zu reduzieren, werden diese Männer nicht viel erreichen. Eher erweisen sie den anderen Männern, die auch für mehr Rechte einstehen, aber nicht die Frauen als Grund aller Ungerechtigkeit sehen, einen Bärendienst.

Denn: Männerpolitik ist nicht dasselbe wie Antifeminismus.

sarah.weber@azmedien.ch



Silvan Wegmann zur Woche: Der Wahlkampf in den USA hat begonnen.

Ausstieg aus Kernenergie ist nicht verantwortbar

GASTBEITRAG VON HANS HESS*



Die Nachricht: Nach der Katastrophe in Fukushima wird in der Schweiz über einen Ausstieg aus der Atomkraft debattiert. Die Industrieunternehmen betonen die Bedeutung der Versorgungssicherheit.

Der Kommentar: Die Politik stellt momentan die Weichen für die zukünftige Stromversorgung der Schweiz. Um Schnellschüsse zu vermeiden, wäre

eine unvoreingenommene Analyse nötig. Meine Wahrnehmung der aktuellen Debatte ist aber eine andere: Wahlpolitische Aspekte werden vermischt mit technologischen Prophezeiungen, befeuert durch Stimmungsbarometer und ergänzt durch Seitenhiebe an politische Kontrahenten. Dass die realistischen strategischen Optionen dabei leicht untergehen, ist nicht nur bedauerlich, sondern für unser Land und seine Wirtschaft sehr gefährlich.

Es ist richtig, dass die Kernenergie nach dem verheerenden Ereignis in Fukushima hinterfragt wird. Genaues Hinschauen ist aber gefragt – beim Atomstrom genauso wie bei den weiteren Stromproduktionsformen. Die jeweiligen Folgen für die Umwelt, die CO₂-Emissionen, die Sicherheit, die Auslandsabhängigkeit und die wirtschaftliche Tragbarkeit müssen untersucht und gegeneinander abgewogen werden. Heute entfallen knapp 32 Prozent des Stromverbrauchs auf die Industrie mit ihren 700 000 Arbeitsplätzen. Zählt man die ganze Wirtschaft, sind es gar 60 Prozent.

Dass der Schweiz eine Stromlücke droht, bestreitet niemand. Dies gilt übrigens für ganz Europa. Insbesondere während der Wintermonate, wenn die Schweiz netto bereits jetzt Strom importiert, wird es kritisch. Denn eine sichere, zuverlässige, wettbewerbsfähige, unabhängige und umweltverträgliche Stromversorgung ist eine Schicksalsfrage für die Firmen und den Werkplatz Schweiz. Eine Versorgungslücke beim Strom können sich unser Land und unsere Wirtschaft unter keinen Umständen leisten.

Einfache Lösungen gibt es nicht; Zielkonflikte sind unvermeidbar. Nehmen wir als Beispiel die Atomenergie. Sie liefert rund 40 Prozent des Schweizer Stroms. Den Vorteilen der klimafreundlichen und ökonomischen Produktion die Sicher-

heitsaspekte gegenüber. Die Kernenergie könnte allenfalls schrittweise durch Gas-Kombi-Kraftwerke ersetzt werden, welche zwar sicherer erscheinen, jedoch den CO₂-Ausstoss erhöhen und die Klimaschutzziele gefährden. Das Potenzial der Wasserkraft ist demgegenüber in der Schweiz weitgehend ausgeschöpft. Es gibt zwar Ideen, über 500 kleinere und mittlere Wasserkraftwerke zu bauen. Doch können diese vielen Kleinkraftwerke zur Deckung der Versorgungslücke nur einen beschränkten Beitrag leisten. Zudem haben sie teilweise sehr grosse Auswirkungen auf die Umwelt und den Landschaftsschutz.

Die erneuerbaren Energien, also Sonnenenergie, Windenergie, Geothermie und Biomasse machen derzeit rund 2 Prozent der Stromproduktion aus. Ihr Ausbau ist wünschenswert und die Forschung muss noch intensiviert werden. Doch wo speichern wir beispielsweise die Sonnenenergie im grossen Stil, um sie im Winter oder an Regen- und Nebeltagen zu nutzen? Wir müssten in den Bergen weitere Speicherstauseen bauen, die Opposition wäre garantiert.

Kommen wir zurück zu Atomenergie. Ich weiss nicht, ob es Atomkraftwerke auch in 50 Jahren noch braucht. Ich bin aber überzeugt, dass ein sofortiger teilweiser oder gar totaler Ausstieg aus der Kernenergie schlicht nicht verantwortbar ist. Die bestehenden Kraftwerke werden weiterlaufen müssen, bis ein Ersatz für diese Stromproduktion aufgebaut ist. Deshalb ist alles daran zu setzen, dass die Sicherheitsanforderungen den Erkenntnissen aus Japan angepasst werden. Wir müssen auch lernen, mit dem wertvollen Gut elektrischer Strom sorgfältiger umzugehen. Unsere Industrie hat in dieser Hinsicht in den letzten 20 Jahren grosse Leistungen erbracht: Es ist ihr gelungen, 40 Prozent ihres eigenen Energieverbrauchs zu reduzieren.

Strom ist für unseren Werkplatz zu wichtig, als dass ein Blackout riskiert werden kann. Ideologien müssen zurückgestellt und die Fakten genau angeschaut werden. Im ETH-Bereich sind alle Kompetenzen vorhanden, um die Konsequenzen aller energiepolitischen Optionen zu verstehen und sachlich zu bewerten. Nutzen wir dieses Wissen und orientieren wir uns an den Fakten, statt zu politisieren, zu polemisieren und zu spekulieren.

* Hans Hess ist Präsident von Swissmem, dem Verband der bestehenden Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie.